

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 4

Artikel: Transkei - eine südafrikanische Tragödie
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141895>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

heid ist und wie notwendig internationaler Druck dem Südafrika-Regime gegenüber.

Die Unterstützung der Vereinten Nationen für ein Waffenembargo ist ein Teil dieses Erfolges, wie andererseits die Unvollständigkeit dieses Embargos klar macht, wie viel noch zu tun bleibt.»

Wir wissen, daß Mr. Heath sich nicht überzeugen ließ und auf weiteren Waffenlieferungen an Südafrika besteht.

Als Illustration weiterer Schritte in dieser Angelegenheit mag die Warnung U Thants an Südafrika gelten, die am 22. März erging. Laut NZZ (Nr. 137) sagte er an einer Sitzung des UNO-Sonderausschusses, der über die Situation in Südafrika berät, wenn Pretoria seine Politik der «Apartheid» nicht revidiere, bleibe keine Wahl für die Weltorganisation, als die politische und wirtschaftliche Isolierung Südafrikas zu betreiben. Als «ersten Schritt» einer Revision der Politik Pretorias forderte U Thant die Freilassung aller in Südafrika wegen ihrer Opposition gegen die Politik der Apartheid inhaftierten Personen. Die Politik Südafrikas sei zurzeit eine «schwere Bedrohung von Frieden und Sicherheit» auf dem afrikanischen Kontinent. Der Generalsekretär wiederholte seinen Appell an alle Staaten der Welt, keine Waffen nach Südafrika zu liefern. Red.

Transkei — eine südafrikanische Tragödie

Die Leser der «Neuen Wege» wissen, wie das südafrikanische Apartheid-Regime die soziale Ordnung in seinem Lande interpretiert. Nach dieser offiziellen Darstellung der nationalistischen Regierung gäbe es zwei Südafrika — eines, in welchem die Weißen ausschließlich Wohnrecht und überhaupt alle Rechte genießen, und ein anderes, die sogenannten Reservate (reserves), wo die Schwarzen ihr Eigenleben führen können. Das Gebiet der Weißen, wo die Nicht-Weißen also nur geduldet sind, macht flächenmäßig 88 Prozent der Südafrikanischen Republik aus, und es leben darin 6 Millionen Schwarze (außerhalb der Städte), 1,5 Millionen Mischlinge und 3 Millionen Weiße, während die restlichen 12 Prozent (die Reservate) von 5 Millionen Schwarzen bewohnt werden. Das Südafrika der Weißen, ein zusammenhängendes Gebiet, enthält sozusagen alle natürlichen Reichtümer und Hilfsmittel, ist fruchtbar und bietet offenbar dank der Arbeit aller Südafrikaner einen sehr hohen Lebensstandard — für die Weißen. Die Reservate, auch «Bantu homelands» genannt, zerfallen in etwa 260 kleine, voneinander getrennte, über ganz Südafrika zerstreute Flecken Erde. Sie sind die ländlichen Slums, unterentwickelt, weitgehend erodiert, ausgeschwemmt, weil sie überbevölkert sind; ohne Energiequellen und Verkehrswege, wie auch ohne Industrien und daher

mit wenig Arbeitsmöglichkeiten. Ihr Hauptexport sind Arbeitskräfte, die die Industrie der Weißen in Gang halten; die Frauen und alten Leute, die zurückbleiben, treiben eine Art Landwirtschaft, die zeitweise für ihren Unterhalt ausreicht, manchmal auch nicht. Hungerzeiten gehören zur Existenz in diesen Reservaten.

In den fünfziger Jahren sahen sich die nationalistischen Regierungen von Südafrika einer zunehmenden Kritik der Weltmeinung gegenüber; die Apartheidspolitik erfuhr ihre schärfsten Angriffe besonders in den Vereinten Nationen, wo sie vom Vertreter Großbritanniens als «verabscheuungswürdig, grotesk und unhaltbar» bezeichnet wurde. Die Verurteilung der Apartheid mit ihren Begleiterscheinungen erreichte einen Höhepunkt nach dem Massaker von Sharpville im Frühjahr 1960.

Die Regierung Verwoerd suchte sich infolge dieser Angriffe den Anschein zu geben, als wollte sie mit ihrem Programm einer «separaten Entwicklung» von Schwarz und Weiß in Südafrika ernst machen. Transkei, ein Gebiet etwa so groß wie die Schweiz, am indischen Ozean gelegen, mit einer einheitlichen, Xhosa sprechenden Bevölkerung von 1,4 Millionen, sollte als Selbstverwaltungsgebiet der Schwarzen ausgebaut werden, als Beweis der «humanen und gerechten» Ziele der separaten Entwicklung. Verschiedene von der Regierung nicht erwähnte Faktoren sorgten dafür, daß die Fortdauer der weißen Herrschaft auch in Transkei nie gefährdet sein würde. Das Hauptmoment war, daß die Durchführung des «separate development» in den Händen der Weißen blieb. Die Methode der «indirekten Regierung» (indirect rule) durch Stammeshäuptlinge der Schwarzen, die ja in vielen Teilen Afrikas praktiziert wurde, kommt auch jetzt noch in Transkei zur Anwendung.

In Wirklichkeit ist Transkei auch jetzt nichts weiter als ein Arbeiter-Reservoir und zugleich ein Gebiet, wohin man unerwünschte Bantu, wie die Schwarzen genannt werden, aus den Städten der Weißen verbannen kann. Einige der klarblickenden politischen Führer der Schwarzen in Transkei, wie Mbeki, sind denn auch für ihren Widerstand gegen die schwindelhafte Selbstregierungsfassade der südafrikanischen Regierung zu lebenslanglichem Gefängnis auf einer Verbannunginsel (Robben Island) verurteilt worden.

Der Erzbischof von Canterbury, Dr. Ramsey, der vom 13. November bis 3. Dezember Südafrika bereiste, fiel nicht auf das propagierte «Wachstum der Unabhängigkeit» herein. Was er erlebte, war vielmehr, daß Transkei seit Jahren einem Ausnahmezustand untersteht, daß dort mit andern Worten, reine Polizeiwillkür herrscht, daß es von Spionen und Polizeispitzeln wimmelt, so sehr, daß Dr. Ramsey das südafrikanische Spitzelsystem mit den Verhältnissen in Rußland verglich. Afrikanische Mitglieder der Synode ließen ihn wissen, daß sie nicht frei sprechen dürften, da sie sonst verhaftet würden.

Der Bericht Erzbischof Ramseys kann in Europa dazu beitragen, die

unerhörte Prosperität Südafrikas, die ja ohne die billige Arbeitskraft der schwarzen Bevölkerung gar nicht denkbar ist, die aber auch hierzulande so sehr bewundert wird, im rechten Licht erscheinen zu lassen. Was die südafrikanische Regierung als krankhafte Sentimentalität (sickly sentimentality) bezeichnet, d. h. der Protest und nachhaltige Druck der Weltmeinung gegen nicht mehr tragbare Inhumanität ist besser geeignet, den Unterdrückten zu helfen, als ein vorläufig aussichtsloser bewaffneter Aufstand der Schwarzen. Red.

Hinweise auf Bücher

Politischer Gottesdienst in der Schweiz. 1971, Friedrich Reinhardt Verlag Basel. Fr. 12.80.

Fünf politische Gottesdienste in der Schweiz, herausgegeben und eingeleitet von Pfarrer Kurt Marti, Bern. Wir denken dabei sofort an das «Politische Nachtgebet in Köln», Ausgangspunkt dieser Form von Gottesdiensten, mit denen sich Kurt Marti im Vorwort auseinandersetzt. Sie weisen vier Elemente auf: Information, Meditation, Diskussion (die in der gedruckten Wiedergabe natürlich fehlt) und Aktion, deren Problematik im Vorwort beleuchtet wird.

Wir gehen hier nur auf drei dieser politischen Gottesdienste — Griechenland Militärdienstverweigerer, Bethlehem extrem — etwas näher ein, da es uns scheint, der Gegenstand eines solchen Gottesdienstes müsse ein «heißes Eisen» sein. Die politische Pfingstnacht von Langnau im Emmental, «Fremde», war das wohl auch im Mai 1970, als dieser Gottesdienst gehalten wurde, doch heute braucht es glücklicherweise kaum mehr Mut dazu, sich für die Fremden einzusetzen, wenn auch unter der Oberfläche die Ablehnung noch weitgehend vorhanden ist. — Eigentlich unpolitisch scheint uns das «Zürcher Nachtgebet». Es handelt zwar von politischen Programmen, aber das ist doch eine ziemlich unverbindliche Angelegenheit, und so wirkte es auch.

Dem Sinn eines politischen Nachtgebetes eher entsprechend, das heißt «neugewonnene Erkenntnis von der gesellschaftlichen Relevanz des Evangeliums» ausdrückend, erweist sich das Politische Nachtgebet Biel, «Griechenland — warum schweigen wir?». Hier bringt die Information Berichte, die aufrütteln und die zu spärlich in den Zeitungen stehen, «christliche» Beteuerungen der Obersten, die wie eine Verhöhnung des Evangeliums wirken, Stellungnahme auf welcher Seite der Weltkirchenrat stehen sollte, der im Sommer nach dem Putsch noch auf Kreta tagte. Die Zusammenstellung an geschichtlichen Tatsachen, Aussprüchen der einen oder andern Seite, Berichten ist so reichhaltig, daß es erfreulich ist, wenn Christen sie immer wieder lesen können, denn es hat sich ja nichts geändert, nur daß nach dem Gesetz der Beharrlichkeit die Obersten immer fester im Sattel sitzen, sich, wenn möglich, frecher gebärden.

Das Politische Nachtgebet Basel, «Militärdienstverweigerer — Verräter oder Mahner?», das im übrigen Europa als überholt erscheinen könnte, ist in der Schweiz wichtig und mutig. Es weiß auch vom «Frieden, den es zu suchen, zu erfinden, zu planen, zu schaffen, zu leben gilt». Es gibt dem Wunsch Ausdruck, aus dem Schema dieser Welt, das Gewalt heißt, auszubrechen.

Der Berner Beitrag heißt «Aktion Weihnachten 1969. Politische Kirche Bern. Bethlehem extrem». Es hängt mit seinem Thema, der Feststellung dessen, was Weihnachten heute den Menschen noch bedeutet, zusammen, daß dieser Beitrag